

*Entnommen der website der  
Volksinitiative „Eine Schule für alle“*

30.04.2009

## **DGB: Auch für Primarschule**

Wie das Hamburger Abendblatt heute mitteilt, hat sich auch nun auch der Vorsitzende des Hamburger DGB, Erhard Pumm, für die Primarschule ausgesprochen. Damit - so das Abendblatt - werde der Graben zwischen Gegnern und Befürwortern der Primarschule innerhalb der Hamburger SPD immer tiefer. Pumm hatte sich beim traditionellen Mai-Empfang des Senats im Rathaus in seiner Rede vor mehr als 400 Gewerkschaftern im Großen Festsaal für die Reform ausgesprochen und Schulsenatorin Christa Goetsch (GAL), "viel Mut" bescheinigt. Pumm sprach sich anders als die parlamentarische Geschäftsführerin der SPD ausdrücklich für längeres gemeinsames Lernen aus. Es schwäche nicht die starken Schüler, sondern stärke sie ebenso wie die schwachen. "Daher", so Pumm, "begrüßen die Gewerkschaften die geplante Primarschule mit ihren sechs Jahren des gemeinsamen Lernens als wichtigen Schritt in die richtige Richtung".

28.04.2009

## **Primarschule Schritt in die richtige Richtung**

Nachdem die Geschäftsführerin der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Britta Ernst, ein Grußwort auf der Demonstration der Initiative "Rettet die Gymnasien" gesprochen hat, äußert sich nun ein anderer prominenter Vertreter der SPD. Mathias Petersen, Mitglied der Bürgerschaft schreibt im Hamburger Abendblatt: "Wir Hamburger Sozialdemokraten wollen ein längeres gemeinsames Lernen. Das ist seit Jahrzehnten ein unumstrittenes bildungspolitisches Ziel. Dafür werben wir bei den Eltern. Dass Teile der Führung der Hamburger SPD mit der Initiative gegen die Schulreform marschieren, ist vor diesem Hintergrund nicht vermittelbar. Diese Initiative will ein längeres gemeinsames Lernen weder heute noch in 15 oder 100 Jahren. Sie will eine Beibehaltung der Trennung, also die Selektion der Schülerinnen und Schüler nach der 4. Klassenstufe. Dieser Initiative ist langes gemeinsames Lernen zutiefst fremd... Die Hamburger SPD hat sich immer für gute Bildung und gerechte Bildungschancen für alle eingesetzt - unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Das war unser Motiv für die Gründung von Gesamtschulen in der Stadt. Das war unser Motiv für die Förderung der Integration der ausländischen, der lernschwachen und der behinderten Schülerinnen und Schüler. Damit wird sozialdemokratische Bildungspolitik identifiziert. ... Deshalb hier und heute: Die Primarschule in Hamburg ist ein mutiger Schritt in die richtige Richtung. Er schließt schulpolitisch an die erfolgreiche europäische Entwicklung an.

19.04.2009

## **Volksinitiative grenzt sich ab**

Wir wollen länger gemeinsam lernen! heißt es in er Presseerklärung der Volksinitiative.

Die Volksinitiative „Eine Schule für Alle“ grenzt sich in aller Schärfe von dem Protest der Schulreformgegner ab. Karen Medrow-Struß, wiedergewählte 1. Vorsitzende des Vereins „Eine Schule für Alle“, kündigt an:“ Wir treten weiter für das Ziel einer gemeinsam Schulzeit bis Klasse

10 ein. Die Einführung der Primarschule ist dafür nicht zwingend notwendig. Unser Gesetzestext zeigt, dass längeres gemeinsames Lernen auch leichter erreicht werden kann. Wenn es aber die Primarschule schafft, dass die soziale und damit zutiefst ungerechte Auslese nach Klasse 4 überwunden werden kann und sie zu mehr individueller Förderung führt, dann unterstützen wir sie, als Zwischenschritt hin zu längerem gemeinsamen Lernen.“ mehr unter Presseinformationen.

16.04.2009

## **SPD-Arbeitsgemeinschaft unterstützt Primarschule**

Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) positioniert sich in der Schulstrukturfrage. Der AfB-Landesvorstand unter der neuen Vorsitzenden und langjährigen Schulsenatorin Rosemarie Raab präsentierte gestern eine Stellungnahme zum Schulgesetzentwurf der Bildungsbehörde. Die AfB will über die Stellungnahme auf einer Mitgliederversammlung am 7. Mai entscheiden. Darin werden positiv hervorgehoben das Prinzip der individuellen Förderung sowie des längeren gemeinsamen Lernens. Die AfB hält an ihrem Ziel der "Einen Schule für alle" fest. Zum Referentenentwurf der Schulbehörde werden allerdings auch Änderungswünsche vorgetragen. Einzelheiten finden Sie [hier](#).

## **Klassengrößen: Scheingefechte**

Kaum war der erste Referentenentwurf zum neuen Schulgesetz durch eine „Panne“ im Hause Freytag an die Öffentlichkeit gelangt, begann schon das Buhlen um die Wählergunst der Gymnasialeltern. Der Gesetzentwurf sieht in § 87 vor:

*„Keine Klasse oder Lerngruppe an Primarschulen und Stadtteilschulen soll größer als 25 Schülerinnen und Schüler sein, in Primarschulen mit einer sozialstrukturell benachteiligten Schülerschaft soll die Klassengröße von 20 nicht überschritten werden. Aus Gründen besonderer räumlicher Gegebenheiten oder besonderer pädagogischer Aufgaben kann die Klassengröße im Einzelfall geringer, aus Gründen der regionalen Versorgung aller Schülerinnen und Schüler im Einzelfall größer festgelegt werden.“*

Zu den Frequenzen in den Gymnasien sagt der Gesetzentwurf nichts. Grund genug für den bildungspolitischen Sprecher der SPD, Thies Rabe, „Alarm zu schlagen“. Es sei nicht richtig, die Gymnasien von der Verkleinerung der Klassen auszusparen, so Rabe gegenüber dem Abendblatt. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Marcus Weinberg, Vorsitzender des CDU-Landesfachausschusses Bildung, hält die größeren Klassen an Gymnasien dagegen für vertretbar. "Die Gymnasien haben eine homogenere Schülerstruktur." Im Übrigen seien die Klassenfrequenzen der Gymnasien schon immer höher gewesen als die der Gesamt-, Haupt- und Realschulen. Weinberg: "Grundsätzlich wären kleinere Klassen auch an Gymnasien wünschenswert, aber die jetzige Lösung ist auch unserer den Gymnasien zugeneigten Klientel erklärbar." Soweit so rational, aber die Sorge, die SPD könne der CDU gegenüber den Gymnasialeltern den Rang ablaufen, veranlasste Weinberg bereits einen Tag später zu einer Korrektur seiner Äußerung, und nun fordert er Nachverhandlungen über das Schulgesetz. "Wir wollen ein Leistungspaket für Gymnasien schnüren". "Wir brauchen auch für die Gymnasien eine Höchstgrenze im Gesetz. Die sollte bei 27 oder 28 Kindern liegen." Dass es hier um nichts weiter geht als um einen Schaukampf, wird deutlich, wenn man sich den Wortlaut des Gesetzentwurfs anschaut. Die Frequenzen sind natürlich nicht einklagbar, die Formulierungen sagen deutlich, dass es Abweichungen nach oben und nach unten geben kann, und natürlich stehen solche Vorgaben immer unter dem so genannten Haushaltsvorbehalt. Die finanziellen Mittel und die Zahl der Lehrerstellen werden immer wieder neu im Rahmen der Haushaltsberatungen festgelegt.

Fazit: Die Aufnahme von Klassenfrequenzen ist ein bildungspolitisches Zeichen - nicht mehr und nicht weniger –, ein Zeichen, dass mit der Schulreform nicht nur die Schulstrukturen angefasst, sondern auch die Arbeitsbedingungen verbessert werden sollen. Wenn man jedoch Frequenzen im Schulgesetz benennen will, ist es auch sinnvoll, dies für alle Schulformen zu tun, also auch für die Gymnasien. Allen Eltern sollten wir aber auch sagen, dass die Einhaltung dieser Vorgaben am Haushalt höchst wahrscheinlich scheitern wird. Schließlich ist die Bürgerschaft gerade dabei, dem Finanzcasino über die HSH-Nordbank drei Milliarden Euro auszuzahlen und mit zehn Milliarden für weitere Spielschulden zu bürgen. Nach der Expertenanhörung in der Bürgerschaft ist sogar damit zu rechnen, dass im nächsten Jahr noch einmal „frisches Geld“ fällig wird. Um jeden Euro für die Schulen und für kleinere Klassen wird dann im Parlament und wahrscheinlich auch auf der Straße gekämpft werden müssen.

## Schulgesetzentwurf: Richtiger Schritt

Auch wenn der jetzt von der Bildungsbehörde vorgelegte Entwurf für ein neues Schulgesetz nicht den Zielvorstellungen der Initiative "Eine Schule für Alle" entsprechen kann, zeigen viele Detailregelungen doch in die richtige Richtung. Das betrifft den § 11, der das individuelle Lernen zum Maßstab der Organisation von Unterricht macht, die Einbeziehung behinderter Kinder in die Reorganisation (§ 12) oder die Reduzierung von Klassenwiederholungen. Mit einem Click können Sie sich von dieser Seite den [Allgemeinen Teil](#) des Gesetzentwurfs, die [Paragraphen in synoptischer Form](#) (alte Fassung/neue Fassung des HmbSchG) sowie eine erste [Stellungnahme](#) dazu herunterladen.

## Lehrerkammer und Schülerkammer zu den Rahmenkonzepten

Die LehrerInnenkammer und die SchülerInnenkammer haben zu den Rahmenkonzepten der Schulbehörde eigene Stellungnahmen abgegeben. Im Kern stimmen beide der eingeschlagenen Richtung des längeren gemeinsamen Lernens zu. Die Stellungnahme der LehrerInnenkammer beginnt mit folgenden Sätzen:

"Die Lehrerkammer unterstützt das in den Rahmenkonzepten deutlich werdende Bemühen, eine gute - allen Schülerinnen und Schüler gerecht werdende - Lernumgebung herzustellen und sie befürwortet im Grundsatz die formulierten Leitziele und das darin enthaltene Prinzip der Ganzheitlichkeit."

### Im Wortlaut

[Stellungnahme der LehrerInnenkammer](#)

[Stellungnahme der SchülerInnenkammer](#)

20.02.2009

## Höhere Bildungsaspirationen

Zum Stichtag der Anmelderunde melden die Gesamtschulen mit 4641 Schülerinnen und Schülern einen leichten Anstieg gegenüber der Anmelderunde 2008. Der Wunsch der Eltern, dass ihre Kinder einen möglichst hohe Bildungsabschluss erwerben ist ungebrochen. Die Gymnasien liegen vorn.

Verlierer sind die Haupt- und Realschulen. Einen Überblick über die Entwicklung der Schülerzahlen finden Sie [hier](#).

04.02.2009

## **Rosemarie Raab neue Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) in der SPD**

Hamburgs ehemalige Schulsenatorin Rosemarie Raab ist neue Vorsitzende der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) in Hamburg. Auf einer Mitgliederversammlung am Dienstagabend in der SPD-Parteizentrale in St. Georg wurde Raab mit über 87 Prozent der Stimmen gewählt. Sie tritt damit die Nachfolge der im November vergangenen Jahres zurückgetretenen Vorsitzenden Christiane Albrecht an.

Raab betonte in ihrer Rede, dass sie trotz einer bekanntermaßen positiven Bewertung der Primarschule, die nach dem Konzept der beiden unter "Rot-Grün" gestarteten Hamburger Modellschulen konzipiert sei, für den AfB-Vorsitz kandidiere. Ihr Interesse sei, nach einem weiteren Fortschreiten der Reform, nach weiteren auch schulgesetzlichen Konkretisierungen und den noch ausstehenden Standortentscheidungen zu einer erneuten inhaltlichen Bewertung innerhalb der Partei zu kommen. Denn es sei, so Raab, "schwer nachvollziehbar, wie man eine Grundsatzkritik am längeren gemeinsamen Lernen in den Klassenstufen 5 und 6 verbinden will mit der Programmatik des Hamburger Grundsatzprogramms der Bundes-SPD, die da lautet: 'Über Bildungswege und -chancen wird in unserem Bildungssystem zu früh entschieden. Wir werben daher für ein Schulsystem, in dem Kinder so lange wie möglich zusammen und voneinander lernen!.' Das würde aber eine Kritik an fehlenden weitergehenden Reformschritten oder an einzelnen konzeptionellen Elementen der Primarschule keinesfalls ausschließen, ebenso wenig wie am Zeitplan oder an Sorgfalt und Umsicht bei der Umsetzung.

03.02.2009

## **Rahmenkonzept der Primarschule: Die Richtung stimmt!**

Das von der Schulbehörde vorgelegte Rahmenkonzept zur Einführung der sechsjährigen Primarschule zeigt, dass etliche der Anregungen der Initiative „Eine Schule für alle“ aufgenommen wurden: Das betrifft die Zielsetzung ebenso wie das zugrunde liegende Prinzip der Ganzheitlichkeit und auch die Aussagen zur „Neuen Lernkultur“.

Unstrittig sind die Ziele:

- Die Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen sind unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft zu erhöhen.
- Die Lernerfolge der einzelnen Schülerinnen und Schüler und des Schulsystems sind insgesamt zu erhöhen.
- Alle Bildungspotenziale sollen von Anfang an genutzt und bestmöglich gefördert werden.

Richtig ist auch das Prinzip „Früh fördern, spät trennen“. Nur „durch den konsequenten Einsatz von Maßnahmen innerer Differenzierung wird dem je individuellen Lernverhalten und dem individuellen Kompetenzstand und der Lernentwicklung der Schülerinnen und der Schüler“

Rechnung getragen. Die Formulierung zur äußeren Leistungsdifferenzierung kann sich allerdings noch als problematisch herausstellen: „Eine auf Dauer angelegte Trennung der Schülerinnen und Schüler in verschiedene Klassen oder Lerngruppen ist nicht vorgesehen.“ D.h. vorübergehend kann eine äußere Leistungsdifferenzierung vorgenommen werden. Damit würde das ganze Konzept des zwei Jahre längeren gemeinsamen Lernens konterkariert. Diese Formulierung lässt auf einen Formelkompromiss schließen, dessen Folgen problematisch werden können.

Schwierig bei der Umsetzung des Konzepts wird auch die Frage der räumlichen Organisation werden. Was sich pragmatisch anbietet, nämlich „je nach den regionalen Gegebenheiten unterschiedliche Varianten der räumlichen Organisation“ zuzulassen, kann zum grundsätzlichen Problem werden. Sollten die durch den Wegfall dreier Jahrgänge in den Gymnasien entstehenden Raumüberhänge dort verbleiben und lediglich genutzt werden, um Abteilungen der Primarschulen aufzunehmen, dann bestünde die akute Gefahr einer Vorverlegung der Schülerschule in die Primarschule. Die Initiative „Eine Schule für alle“ wird unabhängig von ihren weitergehenden Vorstellungen einer gemeinsamen Schule für alle bis zur 10. Klasse die anstehenden Standortentscheidungen unter diesem Gesichtspunkt sehr kritisch begleiten